

Nebraer Anzeiger



Ämtliches Blatt für die Veröffentlichungen des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Mittwoch und Sonnabend vormittag.
Bezugspreis monatlich:
durch den Boten ins Haus gebracht 2.50 Mark.
Durch die Post 7.50 Mark, durch die Briefträger
frei ins Haus 7.50 Mark vierteljährlich.

Zeitung für Stadt und Land

Geschäftsstelle in Nebra:
Fran Kaufmann Meiß, Markt 84/85.

Anschrift für alle Postsendungen: Sauer'sche Buchdruckerei in Köslben.
Telefon: Amt Köslben Nr. 21. Postfachkonto: Leipzig 22832.

Anzeigen:
Es kostet der 54 mm breite Anzeigen-Millimeter-
Raum 25 Pfg., der 90 mm breite Reklamé-
Millimeter-Raum im Restanetel 75 Pfg.
Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag
mittags 12 Uhr angenommen. Größere Anzeigen
müssen einen Tag früher aufgegeben werden.

Schiffleitung, Verlag und Druck:
Wilh. Sauer in Köslben.

Nr. 87.

Mittwoch, den 26. Oktober 1921.

34. Jahrgang.

Das Rad der Zeit rollt schnell.

Das Schicksal Oberösterreichs ist nunmehr besiegelt und damit ist auch für das Deutsche Reich ein Wendepunkt eingetreten, der entscheidend wird, wozu das steuerlose Schiff nunmehr treiben soll. Viel Hoffnung auf ein glückliches Durchkommen durch die Brandung ist auf keiner Seite mehr vorhanden, ja die Entente selbst glaubt nicht mehr daran. Jetzt muß jeder Einsichtige zugeben, daß selbst im Zeitalter der „Weltabdringung“ ein so stark und wohlgeleitete Staat einem auf dem Tische liegenden Vorkriegsstand gleich, von dem jeder an der Tafelrunde sitzende Gast sich das beste Süßchen herauskneidet. — Das Schicksal Oberösterreichs hat zunächst unsere Regierungsmänner ins Stocken gebracht. Das Kabinett Wirth hat dem Feindbund doch zuviel Anstand zugetragen, es hat im guten Glauben auf Berechtigung in der oberösterreichischen Angelegenheit das deutsche Volk zu Leistungen verpflichtet, die nur ein industriekräftiger Staat unter Ausnutzung aller Kräfte vollbringen kann. Das Kabinett unserer Antheiler aber war Oberösterreich, und jetzt muß selbst der eifrigste Angehörige des Reiches zugeben, daß er locale seine Beziehungen nicht mehr halten kann. — Und was nun? Der abgemessene Wirth traut sich einmischen weiter, bis ein anderer Steuerminister ihn ablöst. Aber wer soll das sein? Der Ruf: „Freiwillige röhrt“ zieht nicht mehr, die Entente des Dr. Wirth will feiner antreten, denn sie ist nichts weiter als eine gelehrte Kontinentalmacht.

Anders arbeitet die Entente. Um dem fernstehenden deutschen Adler noch einen weiteren Höcker auf den Hals zu legen, hat sie in diesen Tagen den an seinem Bundesgenossen zum Vertreter gewordenen Kaiser Karl nach Ungarn „fliegen“ lassen, damit er sich dort von neuem ein Schicksal gründet. Zuvor aber hat man ihm das Versprechen abgenommen, daß er als König von Ungarn kein so großes und kleines Entente seien und all seine Macht zur Unterdrückung des deutschen Nachbarn anwenden wird. Vielleicht denkt man auch an ein Zusammenwirken von Polen und Ungarn, und um solch einen polnisch-ungarischen Königreich kann der Vertreter-Kaiser schon ein kleines Abenteuer wagen, zumal Frankreich und der Papst hinter ihm stehen. In Ungarn selbst aber leidet das Unterneben erst einmal schwere Opfer, da nicht alle lieben Landesbesten ihrem König zujubeln wollen. Die Einzugsstraße Karls des Mutigen ist mit Blut gefärbt, mit Blut seiner Landesfinder, und dieser Umstand ist wohl nicht gerade glückverheißend.

In Portugal, das ja auch zu den Siegerstaaten gehört, von der Kriegsbelle aber nicht viel bekommen hat, herrscht Not in allen Ecken, weshalb das Land nicht zur Ruhe kommen kann und eine Revolution immer die andere abhört. Im Zusammenhang ist wieder die bisherige Regierung gestürzt, die Minister sind dabei ermordet worden. Eine Nachricht gibt sich selbstverständlich, die andere monarchistischen Umtrieben die Schuld an der Umwälzung und an den politischen Anarchien.

Das Ministerium wird auch aus Bulgarien gemeldet. In Sofia wurde der bulgarische Regierungsmann durch einen Bombenwurf in sein Amt getötet. — Dem Väterer amerikanischen Gefandten wurde in einem Postpaket eine Granate ins Haus geschickt, jedoch wurde der Anschlag entsetzt und dem Gefandten kein Harm getrieben. Weltweit formate die Granate aus America und taugte nichts. Man ersieht aber aus all den Nachrichten, daß es zur Zeit außerordentlich gefährlich ist, Minister zu sein.

Was Deutschland verliert.

Die „gerechte“ Aufteilung Oberösterreichs.
Berlin, 24. Okt. Nach einer Angabe des statistischen Reichsamtes beträgt die Bevölkerung des gesamten Abstimmungsgebietes rund 1.950.000 Einwohner, von denen rund 965.000, also rund 49 Prozent polnisch werden. Bei der Volksabstimmung haben 707.893 für Deutschland, 479.865 Personen für Polen gestimmt. Von der gesamten Bevölkerung des Abstimmungsgebietes (1.093.000 Wähler) werden 327.000 Wähler polnisch, also rund 30 Prozent, von 61 Zehntelgruppen bleiben nur 111, bei Deutschland, von 14 staatlichen Wahlgruppen werden 3 polnisch. Von der gesamten Wählerbevölkerung Oberösterreichs (31.750.000 Wähler) verbleiben bei Deutschland rund 7.140.000. Deutschland bezog bisher aus Oberösterreich monatlich 1.000.000 Tonnen Eisen. Es bleiben in Zukunft nur 370.000 Tonnen, jedoch 730.000 Tonnen aus dem abgetrennten Gebiet, oder aus anderen Ländern eingeführt werden müssen. Die oberösterreichische Rostindustrie bleibt nur zur Hälfte heutzutage. Von 4 Zehntelgruppen werden 3 polnisch. 5000 Zehntelgruppen werden polnisch. Von insgesamt 700 Zehntelgruppen verbleiben nur 15 bei Deutschland. Von der Jahreproduktion an Kohlen in Höhe von 576.000 Tonnen verliert Deutschland rund 400.000 Tonnen Kohlen. Von 18 Stahl- und Walzwerken werden 9 polnisch. Von 26 Eisen- und Stahlwerken bleiben 20 Deutsch. Von 16 Zink- und Bleierzgruben ver-

liert Deutschland 12. Damit geht Deutschland 75 Prozent der gesamten Zinnerzeugung verlor. Sämtliche Zink- und Bleihütten gehen an Polen über. Ebenso die zwei vorerwähnten Eisen- und Silberhütten. — Diese genaue statistische Berechnung führt die „Berechtigten“ des Völker Spruches in, daß jedes weitere Wort nur eine Aufwärmung der juchzenden Zahlenprache bedeuten würde.

Aus der Umgegend.

Rebra, 26. Oktober.
— **Öffentliche Sitzung der Stadverordneten** am 22. Oktober d. Js. Anwesend waren: Vom Magistrat die Herren Krey, Hanel und Heindl; 10 Stadverordnete. Tagesordnung siehe „Nebraer Anzeiger“ vom 22. Okt. 1921. 1. Die Verammlung nahm Kenntnis: a) von dem Bericht über die Kassenrechnung am 26. September d. Js.; b) von dem Eingang einer Zuweisung der Gewerkschaft Ordas als Beitrag zu den Kosten der Pfisterungen in Höhe von 25.000 Mark; c) von einem Magistratsbeschluss, betr. Verstrafung des Führerbesessenen Maras wegen einer unbedingten Handlungsweise in der künftigen Sanbgrube. 2. Den Landratswerten Leipzig A.-G. in Kulkroiz wurde die Erlaubnis zur Aufstellung von Leitungspunkten (Masten) erteilt; es sind jährlich zu zahlen: für Holzmasten 20 Mark und für Eisenmasten 50 Mark. Dringlichkeitslagen: 3. Die Lieferung von Sand aus der städtischen Sandgrube an die Landratswerte Leipzig A.-G. in Kulkroiz für den Preis von 85 Mark für 1 cbm wurde genehmigt. 4. Für die Opfer der Explosion in Oppau wurden aus Kammereinnahmen 200 Mark bewilligt. 5. An Stelle des Herrn Beigeordneten Krey, welcher freiwillig aus dem Kuratorium der Stadtparafas aussteigt, wurde als Mitglied derselben Herr Poppein gewählt.

— **Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung.** Die am letzten Sonntag abgelaufene Sammlung des Vaterland-Frauenvereins zur Stiftung eines Freibettes oder einer Freistelle an einer Wohlfahrtsanstalt des Kreises Querfurt zum Gedächtnis der Schirmherrin des Vereins, der Kaiserin Auguste Viktoria, hat den ertrüchlichen Betrag von 811.50 M. ergeben. Allen freundlichen Gebern und Sammlern sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

— Seit langer Zeit hat sich der **Bund der Kinderreichen** in Deutschland gebildet, der die besonders wirtschaftlichen und idealen Interessen ländlicher Familien vertreten will. Er nimmt Familien mit mindestens vier Kindern und Vermögern mit mindestens drei Kindern als Mitglieder auf und hat sich das Ziel gesetzt, für Steuererleichterungen, geistliche Anstellungen und Nahrungsmittel (Schulverordnungsamtern) zu sorgen. Der Bund ist ganz unpolitisch. Reichsstaatsbeamten oder Richtungen stehen an der Spitze. Es ist zu wünschen, daß der in großer Ausbreitung begriffene Bund auch in unserem Lande wirksam wird. Der Herr Rektor Köslben will die einleitenden Schritte dazu übernehmen; wir empfehlen deshalb, sich ihm in Verbindung zu setzen.

— **Das Provinzialkartell der deutschen Beamten-**bundes hatte für 1. und 16. Okt. eine Mitgliederversammlung in 140 organisierten Ortsstellen zögert. Der Vorliegende beruht über die Einleitungsbedingungen und zeigt, mit welcher großen Schwierigkeiten die Vertreter in Berlin zu kämpfen hatten. Festlegung der Ortsstellen und Fortfall jeder Stellung ist das Ziel, dem das Provinzialkartell nachstrebt. In einer Entscheidung gab die Verammlung der Meinung Ausdruck, daß die Verhinderung der Dienstleistungen durch die Reichsregierung eine Verfestigung der Beamtenhaft bedeutet. Der Vorstand wurde beauftragt, die nötigen Schritte zur Einlegung eines Arbeitsausschlusses zu ergreifen, der in den ländlichen Kreisen zur Aufklärung der Beamtenhaft in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und beamtetenrechtlichen Fragen organisiert. Am 2. Verhandlungstage sprachen die Herren Regierungsrat Dietrich-Castell über die Dienstleistungen und Bundesdirektor Remmers über die Politik des deutschen Beamtenbundes. Beide verstanden es in vorzüglicher Weise, das Gefühl des Vertrauens zu unserer Organisationsarbeit zu fester und die Entmutigten mit der Hoffnung zu beleben, daß der Tag in aussehender Ferne laube, da nur eine Ortsklasse die bisherigen Ungerechtigkeiten und Härten bezeugen werde.

Elternverammlung.

Der Nebraer Lehrerverein hatte für Freitag, den 11. d. M., abends 8 Uhr die allgemeine Elternschaft von Nebra und Umgegend, sowie auch alle Personen, die sich für einen weiteren Ausbau unserer Volksschule interessieren, nach dem Reichsschulhof eingeladen, wo der bekannte Schulpolitiker, ehemaliges Mitglied der Reichsschulkommission, Herr Rektor Wige aus Kieren, über das Thema: „Der Reichsschulhofentwurf und seine Gefahren für die Volksschule“ sprach. Leider war der Besuch sehr schwach, was

in Hinsicht auf die Wichtigkeit des Themas gerade für die Ent-

wicklung der Volksschule auf dem Lande und in den Kleinstädten außerordentlich zu bedauern war. Herr Rektor Wige führte in 1 1/2 stündigem Vortrag ungefähr folgendes aus:
— Unter Volk hat infolge seiner politischen Unreife nicht ver-

mocht, die Organisationskräfte der Revolution von 1918 für einen zielbewussten Wiederaufbau des getrimmerten Staates auszu-

werten. Man hat das Alte umgestürzt, aber es fehlt überall die Befähigung, etwas Neues in konsequenter Durchführung an seine Stelle zu setzen. Man entwickelt glänzende Theorien, aber es fehlt an der nötigen Einigkeit, um dieselben nacheinander in die Tat umzusetzen. Diese Gefährdung zeigt sich im gesamten Staatsauf-

bau und in dem deutschen Zustand der Schulreform. Die bisherige Volksschule war zwar dem Namen nach Staatschule, fand aber gänzlich unter dem Einfluß der Staatskirche, fand aber geistliche Schulaufsicht am stärksten gemeinsam war. Nur liegt es im Wesen der Kirche, daß sie das Trennende betonen muß, während der Staat nur dadurch sich lebensfähig erhalten kann, wenn er das Gemeinsame in den Vordergrund aller Behauptungen stellt; und in der klaren Erkenntnis dieser Pflicht wurde für die Reform unserer Volksschulen die Gemeinshaftschule als Normalschule im § 146 Reichsschulgesetz festgelegt. Als es aber nun galt, bei der Beratung der Verfassung in Weimar diesen wertvollen Grundbau zu vertreten, da fehlten die rechten Männer. In ängstlicher Sorge vor einem Zusammenbruch des jungen Staates, in der falschen Furcht, es mit seinem Volksteile verberben zu dürfen, wird man Schritt für Schritt von den Forderungen der Kirche, hauptsächlich vertreten durch das Zentrum, zurück, und es wurde dem § 146 ein Absatz angehängt, der die Schule zum großen Teil wieder an die Kirche und zum anderen Teil an die politischen Parteien ausliefern. Es wurde jenseits vergebens Weimarer Schulkommission geschlossen, dessen ausführliche Auslegung nun im Reichsschulgesetzentwurf vorliegt. Dieser Absatz 2 des § 146 gestattet, daß neben der Gemeinshaftschule auf Wunsch der Erziehungsberechtigten außerdem eingerichtet werden können, sofern durch eine ausreichende Kinderzahl ein einigermaßen leistungsfähiges Schulwesen gebildet werden kann: 1. Konfessionelle Konfessionsschulen, 2. Weltanschauungsschulen und 3. weltliche oder religionslose Schulen.

Die Konfessionellen oder Konfessionsschulen erhalten einen Be-

tracht, in dem die Grundzüge der betr. Konfession den gesamten Lehrstoff beherrschen, der Geistlichkeit wird in diesen Schulen der weiteste Einfluß auf den Schulbetrieb und die Lehrerschaft gewähr-

leistet. In den Weltanschauungsschulen treten an die Stelle der konfessionellen Grundzüge irgend eine philosophische (Wortklauberei) oder politische Weltanschauung. In der weltlichen Schule wird der gesamte Religionsunterricht durch einen vollständig neutralen Morallehrer ersetzt. Aus der Organisation dieser Schulen folgt ohne weiteres, daß sie gänzlich dem Einfluß irgend einer religiösen oder politischen Gruppe ausgeliefert werden und daß diese Schulen dem Staate als wertvoller Faktor für den Wiederaufbau unseres Staatswesens nahezu vollständig verloren gehen. Dem Wiederaufbau des Staates kann einzig und allein nur die Gemeinshaftschule dienen, deren Hauptaufgabe die Ueber-

brückung der Gegensätze innerhalb unseres Volkes ist. In der Gemeinshaftschule bleibt Religion als oberstes Lehrfach bestehen, indem eine möglichst weitgehende Ueberbrückung aller konfessionellen Gegensätze angedacht werden soll. Die Teilnahme der Schüler an diesem Religionsunterricht bleibt der freien Entscheidung der in Betracht kommenden Eltern vorbehalten. Sofern es die Finanzverhältnisse erlauben, kann getrennter konfessioneller Unterricht eingerichtet werden. Ein Ausschlußrecht der Kirche ist ausgeschlossen. Konfessionelle und politische Grundzüge sind ohne jeden Einfluß auf den Lehrstoff, dagegen wird das spezifisch Religiöse in unserer Kultur ihrer eminenten Bedeutung entsprechend gebührende Berücksichtigung finden. Im Gegensatz hierzu muß neben der Konfessionsschule die Zwischenschule und Kämpfe in unserem Volke noch verdrängen, die Weltanschauungsschulen werden in gleicher Hinsicht unheilvoll wirken, ganz abgesehen davon, daß sie Weltanschauung das Ergebnis eines reifen Lebens ist, also dem Kinde etwas Unverdauliches bleiben muß. Für die weltlichen Schulen wird die Aufstellung eines Lehrplanes vorläufig noch auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Unsere leistungsfähige Volksschule ist die sieben- oder achtstellige Volksschule, und sie arbeitet noch am billigsten, da für eine große Zahl von Kindern ein einheitliches Schulhaus mit einem gemeinsamen Lehr-

apparat verwendet wird. Wird aber der Reichsschulhofentwurf zum Gesetz, so folgt ohne weiteres, daß viele große, leistungsfähige und dabei verhältnismäßig billige Schulhäuser zertrümmert werden zugunsten einer großen Anzahl weniger gegliederter, deshalb nicht so leistungsfähiger und dabei teurer Schulen. Wollen wir eine Schulreform schaffen, die dem Aufbau des Staates dienen soll, die die Wiederherstellung unseres Volkes für die Hauptaufgabe macht und die das ganze Volk zu einem einheitlichen Ganzen zusammenschließen soll, so müssen wir kämpfen für die Gemeinshaftschule, durch die alle Kinder unseres Volkes aus allen Schichten und Ständen hindurchgehen müssen.

Nach vorläufigem lebhaftem Austausch, in der hauptsächlich um Ausdruck kam, daß man bisher leider in großer Unkenntnis der Gefahr, die der Volksschule durch Verwirklichung des Reichsschulhofentwurfes erwacht, gewesen ist, wird nachstehende Entscheidung zur Ueberzeugung an den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung einstimmig gefaßt:

„Die Verammlung erhebt schärfsten Einspruch gegen den Entwurf des Reichsschulgesetzes. Es verurteilt jede Einseitigkeit des deutschen Schulwesens und nimmt dem Staat die Volksschule aus der Hand, erhöht die Aufwendungen für die Schule unter Herabdrückung der Leistungsfähigkeit, gerichtet die Unkenntnis anderer Völker und vernichtet die Grundlangen unserer staatlichen und weltlichen Entwicklung. Die Verammlung fordert von der Reichsregierung unverzüglich die Zurückziehung des Entwurfs,

Die Entscheidungsnote.

Bekanntgabe der Genfer Beschlüsse.

Die nach den Genfer Beschlüssen über Oberösterreich getroffene Entscheidung der Vorkonferenz wurde durch den deutschen Vorkonferenz in Paris der deutschen Regierung zugeht.

Die Beschlüsse sind nun gefasst. Das Urteil über Oberösterreich ist auf Grund der Arbeit im Vorkonferenzrat von den Vertretern der allerersten Mächte ausgefertigt und der deutschen wie der polnischen Regierung zugeht worden. Auch die Interalliierte Kommission in Doppelbrunn hat bereits Mitteilung davon erhalten. Das schicksalsschwere Dokument besteht aus einem Sonderbericht und aus dem Wortlaut der Entscheidung der Alliierten sowie der Vorberichte, die bei ihrer Anwendung befolgt werden sollen.

Das Sonderberichten erinnert an die Entschiedenheit des Problems, an die Bedingungen, unter denen der Oberste Rat den Vorkonferenzrat in dieser Angelegenheit anrief, ferner an die Gründe, die dafür bestimmend waren, außer der territorialen Teilung auch wirtschaftliche Maßnahmen festzusetzen in der Absicht, den Fortbestand des Wirtschaftens im Industriegebiet sicherzustellen. Es endet mit der klaren Festsetzung des Aberrichtens der Grenzlinie und ihres Willens, den Zusatz durch beide Parteien befolgt zu werden, sowie mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen, falls einer der Beteiligten sich weigern sollte, zu unterzeichnen. Der zweite Teil der von den Vertretern Deutschlands und Polens übergebenen Mitteilung enthält

die Angabe der Grenzlinie

zwischen Deutschland und Polen in Oberösterreich sowie die Aufzählung der Übergangsmaßnahmen, die dazu bestimmt sind, den Fortbestand des Wirtschaftslebens in Oberösterreich nach der Teilung sicherzustellen und die Schwierigkeiten der Übergangsperiode zu beseitigen. Diese Maßnahmen betreffen hauptsächlich die Eisenbahnverwaltung, das Münz- und Zollwesen, den Postdienst, die Industrieerzeugung, den Verkehr zwischen den beiden Ländern, die Ernennung einer gemischten Kommission zur Regelung aller Schwierigkeiten zwischen den beiden Regierungen innerhalb des Aberrichtsgebietes während einer Dauer von 15 Jahren. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Maßnahmen sieht die Entscheidung der Alliierten Maßnahmen vor, welche die Nationalitätenfrage und den Schutz der Minderheiten in Oberösterreich regeln sollen.

Ein Hinweis.

Der Vorkonferenzrat über Oberösterreich wurde nur dadurch ermöglicht, daß die Alliierten, wie das „Journal“ schreibt, „einen Vorkonferenzrat machten, durch den der klare Vorlauf des Verfalls der Verträge und gleichzeitig der Genfer Beschlüsse verwirklicht werden kann.“ Die Vorkonferenzrat beschloß, daß für den Augenblick die Entscheidung der Alliierten Deutschland und Polen nicht aufzulegen, sondern privatim bekanntzugeben werden soll.

Die offizielle Verlautbarung der Beschlüsse der Alliierten wird erst später erfolgen. Jetzt soll die neue Grenze festgelegt werden, und erst, wenn dies geschehen sein wird, die deutsche und die polnische Regierung den Alliierten die Verträge gegeben haben, daß sie bereit sind, das neue Wirtschaftsleben anzunehmen, wird die offizielle Verlautbarung der Grenze erfolgen. Dann erst wird die Interalliierte Kommission von Doppelbrunn und Polen gemäß dem Friedensvertrag beauftragt, daß die beiden Staaten die ihnen zugehörigen Gebiete in Belgien nehmen können. Wenn Deutschland oder Polen den Wunsch der wirtschaftlichen Zusammenhänge ablehnen sollten, würde die Übergangsperiode der fraglichen Gebiete an Deutschland und Polen hinausgeschoben werden. Erst wenn die Verhütung des deutschen und des polnischen Teiles von Oberösterreich durch die Behörden beider Staaten sichergestellt ist, sollen die Maßbefugnisse der Interalliierten Kommission ein Ende nehmen.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen

erfordern sich auf die Festlegung der Zoll als geographische Zahlungsmittel im ganzen Industriegebiet, auf die Sicherung des Verkehrs, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, auf den Schutz des Privatbesitzes und die soziale

Gesetzgebung im abgetrennten Gebiet. Alles das gilt für die 15jährige Übergangszeit, für die auch die politische Grenze noch nicht als Zollgrenze gilt.

Die neue Grenze

folgt der Oder von dem Punkte ab, wo dieser Fluß in Oberösterreich eintritt bis Neudorf. Sie verläuft nacheinander in nordöstlicher Richtung und läßt auf polnischem Gebiete die Gemeinden Sobieszyn, Wilhelmshaus, Raschütz, Adamowitz, Bogumitz, Lijetz, Summin, Jwoonowitz, Chwalentz, Sadowe, Wilcza, Kriewald, Kuronin, Gieraltowitz, Breßwitz, Maloschin, Kungendorf, Baunsdorf, Wada, Trzeplow, Schlegelgrube und Koblenz. Sie läßt auf deutschem Gebiete die Gemeinden Chroos, Markowitz, Babis, Gurel, Siodol, Niederdorf, Wildhof, Neborowitz, Hammer, Neborowitz, Schönwald, Elguth-Jabrze, Sosniza, Malbesdorf, Zaborze, Wislupia, Wobrel und Schomberg. Von da geht die Grenze zwischen Hohenberg, das an Deutschland fällt, und Birtenhain, das an Polen kommt, in der Richtung Nordwest und läßt auf deutschem Gebiete die Gemeinden Karz, Macodowitz, Stollagowitz, Friedrichsdorf, Ratowitz, Lantichhof, Nieda, Gansitz, Neudorf-Weber, Kottelitz, Poltema, Kelsitz, Javatzki, Pflüder-Webershof, Klein-Sagunitz, Strzibowitz, Gwosdzin, Djalcha, Czieszanau, Sorowitz und läßt im polnischen Gebiete die Gemeinden Szarlow, Kozonjau, Trodenberg, Neus und Alt-Neus, Alt-Tarnowitz, Wlona, Wlonska, Korfuchowitz, Wlonska, Erzhshammer, Bruchitz, Wlonskahammer, Szelcz, Kosfemboer, Kozonjau, Spiechelhof, Gutschitz Groß-Georgienitz, Glinitz, Kofschitz und Wlona. Im Norden des letzteren Ortes fällt die Grenze mit der alten Grenzlinie zusammen und mit der, die bereits zwischen Polen und Deutschland festgelegt worden ist.

Das verkaufte Land.

Englisch-französische Schandengeschäft. In der Vorkonferenz der Genfer Beschlüsse über Oberösterreich ist vor allem die deutsche Werbung der englischen Politik aufgefallen, die dazu führte, daß die britische Regierung sich unmittelbar nach der Genfer Konferenz für die mehrschichtige Unternehmung dieser Beschlüsse erklärte, obwohl darin Bestimmungen enthalten sind, die den ursprünglichen Absichten der Engländer durchaus zuwiderlaufen. Man war sich ohne weiteres darüber klar, daß England diese Schwenkung nicht ohne triftigen Grund vollziehen haben kann, sondern daß es, als sich die französische Hartnäckigkeit als unüberwindlich erwies, für sein Nachgeben einen entsprechenden Preis bezahlen ließ. Das französische „A B C“ glaubt den wahren Zusammenhang der Dinge zu kennen und, offenbar habe Frankreich sich in der vorberathenen Frage den Wünschen Englands gefügt, und dafür habe England in der oberösterreichischen Angelegenheit Frankreich nachgegeben.

Die Entscheidung über Oberösterreich ist von den Entente-Staaten mit einer so verächtlichen Eile angenommen worden, daß man darüber zweifelt, daß die Vorkonferenz erkannte, die diese Angelegenheit mit ihrer überhöhten Entscheidung den wirtschaftlichen Verhältnissen zuwenden. Das gibt sich auch in den Vorberichten zu erkennen, die man in Oberösterreich selbst trifft, um die getroffene Entscheidung an Ort und Stelle durchzuführen. Die Interalliierte Kommission ist nach dem Friedensvertrag berechtigt, Oberösterreich nach einem Monat nach der Entscheidung besetzt zu halten.

Man hält es für unwahrscheinlich, daß diese Frist nicht mit der Bekanntheit der Entscheidung, sondern mit der Durchführung, d. h. nach erfolgter Übergabe, zu laufen beginnt. Man nimmt an, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Rechte der Plabkommandanten erweitert werden. Um die Truppen in den Kasernen konzentrieren zu können, wurden die militärischen Wagen in den Städten durch Patrouillen der Mpo ersetzt. Es hat den Anschein, als ob die Franzosen die ganze Oberlinie mit Truppen besetzen wollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Versteuerung der Spekulationsgewinne. Die außerordentliche Steuerung der Börsenumwälde und die damit verbundene Einführung geplanter Spekulationsgewinne zum Schaden der deutschen Waise haben

Sammelmappe für bemerkenswerte Tages- und Zeitergebnisse.

* Die Entscheidung der Vorkonferenz über Oberösterreich wurde der deutschen Regierung zugeht.

* Der für den 27. Oktober abgeraumte Prozeß in Leipzig gegen die Angehörigen d. 1. und 2. Bataillon wurde bis zum 31. Oktober verschoben, da sich die weitere in den Klapp-Büchsen bewilligten Richter (Schwarz, Babis, Bauer und Schimpf) freiwillig stellen wollen und gegen die gleichzeitig verhandelt werden soll.

* Im Breussischen Landtag wurde die Ausprache über die Kartellverbote beendet.

* Gegen den amerikanischen Vorkonferenzrat in Paris wurde ein Petitionsbuch mittels einer durch die Post ausfindigen Granate unternommen. Ein Diener wurde bestraft, der Vorkonferenzrat seinen Schaden.

die Frage nahegelegt, auf welche Weise diese Gewinne für eine erhöhte Bekämpfung zu erfährt werden, und welche Maßnahmen getroffen werden können, um durch Kontrolle des Verkehrsverkehrs und der Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln die Spekulation einzudämmen. Im finanziellen Ausfluß des Weltwirtschaftskrisens werden aber zu dieser Frage Sachverständige gehört, die eine Befragung für durchaus notwendig erklären. Der Ausfluß wird demnach zu den Ausprägungen der Sachverständigen Stellung nehmen.

Internationale soziale Forderungen für Landarbeiter.

In Genf hielt das Komitee der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschaft seine neunte Generalversammlung ab. Von deutscher Seite nahmen an den Verhandlungen teil Dr. Heymann vom Reichsarbeitsministerium, Leipzig, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Professor Ernst Franke und Professor Sebode von der Gesellschaft für Sozialpolitik. Die Verhandlung hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die dem internationalen Arbeitsrat übermittelt werden. Die wesentlichen Beschlüsse lauten: Es wird grundsätzlich eine Befreiung der Arbeitszeit auch für die Landarbeiter für notwendig gehalten. Es wird empfohlen, für Überstunden Lohnzuschläge gesetzlich festzusetzen, die Zahl der Überstunden je nach der Jahreszeit zu begrenzen und eine ausreichende ununterbrochene Pausen sicherzustellen. Die Befreiung von Zwangsarbeiten für landwirtschaftlichen Maschinen und mit sonstigen unfallschädlichen und gesundheitsgefährlichen Arbeiten ist zu verbieten. Der Kranken- und Unfallversicherungsbeitrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Landwirtschaft wird grundsätzlich gefordert, ebenso eine gesetzliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung.

Frankreich.

Attentatsversuch auf den amerikanischen Gesandten. Dem amerikanischen Vorkonferenzrat in Paris wurde durch die Post ein Einschreibepaket zugeht, das angeblich von einer Parliamentskommission kam. Das Paket enthält eine Granate. Der Diener, der es aufnahm, wurde leicht verletzt. Der Vorkonferenzrat bekam die Zeitung erst zu Gesicht, als der Inhalt festgelegt war.

Belgien.

Der Justiz innerhalb der Regierung. Im Verlauf der Meinungsverschiedenheit über die nationalökonomische Rundgebung in La Courbe, bei welcher der Kriegsminister an die ehemaligen Frontkämpfer eine Fahne überreichte, haben nun auch die sämtlichen sozialistischen Minister ihren Rücktritt angeboten. Der Kriegsminister war zurückgetreten, als eine sozialistische Versammlung unter Teilnahme des Ministers Anfechtung gegen den Vorkonferenzrat in Paris eingeleitet wurde. Im der Zweiteinstimmigkeit Klänge der Ministerpräsident, man müsse das Land schützen, ehe man abzieht. Der Präsident der Kammer, der Sozialist Brunet, hat sich mit den aus der Regierung ausgetretenen sozialistischen Ministern solidarisch erklärt und ist ebenfalls zurückgetreten.

Wien. Auf dem österreichischen Handelsministerium befragt der Vertreter der Bundesräter Handelskammer den Plan einer Handelsvertragskonferenz mit den Staaten der deutschen Reichs. Der Anstoß an das Deutsche Reich, ob man ihn wünsche oder nicht, liegt zweifellos im Bereich der Möglichkeit. Die Vertreter anderer österreichischer Handelskammern sprachen sich im gleichen Sinne aus.

zu, das er geleht hatte. Es ärgerte ihn beinahe. Er wollte ja nicht geminnen, was machte er sich aus dem paar Franks — er wollte dieses Summenstück und nun auch die zwei Stücke, die er dazu ermahnen hatte, in noch verlieren, um dann ruhig seiner Bege gehen zu können. Er ließ das Geld liegen. Die Angel rollte von neuem, wieder der einöckige Ruf — er hatte zum zweitenmal gewonnen. Die Ungeduld ergreif ihn jetzt. Er blieb an dem Tische stehen.

Aus dem Hotel de Paris, das die eine Seite des Nationalen umarmte, kante die zweite Straße, die das erste Hotel zum Diner gab. Aus dem lichtstrahlenden Weißblech des Kasino traten in Scharen die Besucher heraus und der tollbar lürrte Portier auf der Treppe leerte ein über das andere Mal vier meistlin klingende Beize an den Mund, um fern von drüben, der Erde des großen Bierkellars, die Trinker herbeizumachen. Dabei hüßte sich oben den Mitbewerber keine Hand mit Trinken — besonders dann, wenn die Verdrückten gewonnen hatten. Zwar hing drin im Kasino treuend eine Wächter für die Armen; da sie aber weniger bequem war, als die Gond, die den Wagenladungen öffnete, so blieb sie inloggedessen das ganze Jahr hindurch so gut wie leer. Vierteilunde an halber Viertelunde verging, auf der breiten Treppe mit den hohen, schmalen Treppengängen, die wieder einlief, die Gesellschaft von Monte Carlo lag jetzt bei Tisch und nur die Leute, die es neben dem Spiel überhaupt keine anderen Interessen gab, teilte Essen und Trinken nicht, waren noch in den Sälen geblieben. Für die meisten von ihnen gab es keinen anderen Grund, sie zu verlassen, als den, daß sie keinen Franz mehr in der Straße hatten.

Es war schon dunkel geworden und überall um den Platz herum, der im bläulichen Schein seiner elektrischen Ampeln taghell erleuchtet lag, glänzten aus dem Fenstern des Hotels, der Restaurants, den Verkaufsläden und Kioske die Wächter, als auch Vincent auf der Treppe erschienen.

(Fortsetzung folgt)

Die Glückfucher.

Roman aus der Vorlesungszeit von Heinrich Hee.

11) (Rabdruck verboten.) Vincents Wäde ruhten auf der kleinen Frau; das künstliche Lächeln, das bisher ihre farblosen Lippen umschwebt hatte, verschwand jetzt und ihre Augen waren klar auf den Lauf der Angel gekehrt. Ein wüßlicher Schreck wurde jetzt über ihr Gesicht ein Laut der Überraschung, der Aufregung durchdring die ganze Gesichtshaut, „Woh“, hörte er um sich häßlich, murmeln. Die Angel hand auf Null. Im nächsten Augenblick schloß die gelben Netze über den Tisch, rauten alles Geld zusammen, nur die zwei Goldstücke auf dem Felde der Vahl blieben liegen und Herr Balduwin schob noch eine Anzahl Sonderfrankstücke heraus. „Franken“ rief er, die kleine Frau, der die Goldstücke gehörten, das Geld an sich. „Ach hab' heute Nacht Bred getrunken“, rief sie in ihrem Glanz der ihr gänzlich fremden umstehenden in deutscher Sprache zu, die noch außerdem wahrscheinlich feiner von ihnen verstand, „und dann bin ich drauen auf dem Platz in eine Wäde getreten.“ Was das letztere sagen wollte, konnte jeder Spieler verstehen, denn in irgend einen Schmittfeld treten, kann man den Spielball betret, geht für mindestens so gut und mühselig als ein Amulet bei sich tragen. Messieurs, faites votre jeu“, klug es über den Tisch. „Le jeu est fait. Rien ne va plus.“ Die kleine Frau hatte wieder gewonnen. Sie gewann unmaßstäblich, ihr Gesicht strahlte, die Wäde daraus war verdammt, eine glühende Wäde lächelte es, Glühlicht, nachdem sie auf ihre Lip gelehren hatte, hatte sie alles Gewonnene bekommen. Hat sich von Herrn Balduwin das Silber in Gold einwechseln, konnte damit mit dem Papiergeld das Besitztümlich voll, das sie bei sich trug, und entfernte sich mit einer Galt, als hätte sie plötzlich dunkle Mädel hinter sich, die ihr das Erworbene wieder rauben wollten. Ihr wüßlicher Grund war wohl aber nur der, daß sie in spät in der Solet zum Überbleiben kommen möchte, das in dem Penionspreis

mit indifferenten war, und das sie dann unkonst bezahlt hätte. Es waren zwar mindestens, wie Vincent heradnet hat, schätzenswert, aber die Gewinnung des Geldes und der Preis des Abendessens viel mehr den dreitausendsten Teil davon betru, aber die Kalkulation trieb nun einmal unter diesen Leuten des Kasino, namentlich den Frauen, oft wunderbare Wäden. Vincent hämmerte die Säße und wieder hüßte er den Schwanz auf der Stirn. Es drängte ihn fort von dem Tisch und er setzte sich auf einer der breiten schmalen Bänke, die überall an den Wänden entlang standen. Zehntausend Franks! Wenn es nicht noch viel mehr war... Weil diese kleine Frau sich von seinen Strumpeln ragen ließ, weil sie Kurage hatte. Nur er, er allein von allen diesen vielen Menschen, die hier die Säße füllten, würde sich mit alledem noch zufrieden herum. Ein großer Redner der war. Vielleicht, daß das Glück schon heimlich in diesem Saale auf ihn wartete, daß er ihm nur die Hand entgegenstrecken brauchte. Aber schmiedete sich mit dieser Hoffnung nicht jeder, der es hier in der Schranken rief. Nein, ein so großer Wäde war er denn doch nicht. Im Gegenteil, es drängte sich ihm die felsehliche Überzeugung auf, daß er ganz hoffnungslos verloren würde — wenn er es einmal verlorste. Und er würde jetzt nicht mehr, als bloß die Gemüßheit zu haben, das er verlieren würde — damit ihm nicht später, wenn er jetzt diesen Saal verlassen verließ, wenn er nach Deutschland zurückgeführt war, der Gebante antwortete: „Waram halt du es damals nicht verurteilt!“ Nur ein Franksfrank war er feier, nur damit er sah, wie er von dem gelben Redner fort verschluckt wurde, nur, um sich wegen der Geliebten dann nicht seiner eigenen Zucht anzufügen. Er trat an den Tisch, er am wenigsten umdrängt war, und legte das Silberstück, das er aus der Tasche nahm, auf irgend ein Feld. Ein paar Gelände vergingen, die gewöhnlichsmöglichen Wäde des Croutiers erlönten, die Angel hielt, die gelben Netze rauten sich aus und einer davon schoß zwei andere Franksfrankstücke auf das

Neobraer Anzeiger

Ämtliches Blatt für die Veröffentlichungen des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Mittwoch und Sonnabend vormittag.
 Besuchspreis monatlich:
 durch den Boten ins Haus gebracht 2.50 Mark.
 Durch die Post 7.50 Mark, durch die Briefträger
 frei ins Haus 7.50 Mark vierteljährlich.

Zeitung für Stadt und Land

Anzeigen:
 Es kostet der 54 mm breite Anzeiger-Millimeter-
 Raum 25 Pfg., der 90 mm breite Reklame-
 Millimeter-Raum im Kleinformat 75 Pfg.
 Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag
 mittags 12 Uhr angenommen. Größere Anzeigen
 müssen einen Tag früher aufgegeben werden.

Geschäftsstelle in Nebra:
 Frau Kaufmann Meiß, Markt 84/85.

Anschrift für alle Postsendungen: Sauer'sche Buchdruckerei in Kößleben.
 Telefon: Amt Kößleben Nr. 21. Postfachkonto: Leipzig 22832.

Schiffleitung, Verlag und Druck:
 Wilh. Sauer in Kößleben.

Nr. 87. Mittwoch, den 26. Oktober 1921. 34. Jahrgang.

Das Rad der Zeit rollt schnell.

Das Schicksal Oberösterreichs ist nunmehr besiegelt und damit ist auch für das Deutsche Reich ein Wendepunkt eingetreten, der entscheidend wird, wozu das steuerlose Schiff nunmehr treiben soll. Viel Hoffnung auf ein glückliches Durchkommen durch die Brandung ist auf keiner Seite mehr vorhanden, ja die Entente selbst glaubt nicht mehr daran. Jetzt muß jeder Einsichtige zugeben, daß selbst im Zeitalter der „Weltabdringung“ ein so hoffnungslos und verheerend als einem auf dem Tische liegenden Leichenschein gleich, von dem jeder an der Tafelrunde sitzende Gast sich das beste Süßchen herauskneipet. — Das Schicksal Oberösterreichs hat zunächst unsere Regierungsmächte ins Stocken gebracht. Das Kabinett Wirth hat dem Feindbund doch zuviel Anstand zugetragen, es hat im guten Glauben auf Berechtigtsein in der oberösterreichischen Angelegenheit das deutsche Volk zu Leistungen verpflichtet, die nur ein industriekrafter Staat unter Anwendung aller Kräfte vollbringen kann. Das Kabinett unter Anwendung aller Kräfte der Oberösterreich, und jetzt selbst der schätzungslosigsten Reichsfinanzler zugeben, daß es fortan seine Bestrebungen nicht mehr halten kann. — Und was nun? Der abgemessene Wirth haucht einmüde weiter, bis ein anderer Steuermann ihn ablöst. Aber mer soll das sein? Der Ruf: „Freiwillige only“ zieht nicht mehr, die Entente des Dr. Wirth will feiner antreten, denn sie ist nichts weiter als eine gelehrte Kontinentaloffense.

Anders arbeitet die Entente. Um dem fernstehenden deutschen Adler noch einen weiteren Häcker auf den Hals zu heften, hat sie in diesen Tagen den an seinem Bundesgenossen zum Berater gewordenen Kaiser Karl nach Ungarn „fliegen“ lassen, damit er sich dort von neuem ein Schicksal gründet. Zuvor aber hat man ihm das Verzeichnis abgenommen, das er als König von Ungarn von so großen und kleinen Entente stehen und all seine Macht zur Unterdrückung des deutschen Nachbarn anwenden wird. Vielleicht denkt man auch an ein Zusammenwirken von Polen und Ungarn, und um solch einen polnisch-ungarischen Königstyp kann der Berater-Karl schon ein kleines Benehmen wagen, zumal Frankreich und der Papst hinter ihm stehen. In Ungarn selbst aber leidet das Unternehen erst einmal schwere Opfer, da nicht alle lieben Landesbesten ihrem König zuzubehalten wollen. Die Einzugsstraße Karls des Mutigen ist mit Blut gefärbt, mit Blut seiner Landesfinder, und dieser Umstand ist wohl nicht gerade glückverheißend.

In Portugal, das ja auch zu den Siegerstaaten gehört, der der Kriegsliebe aber nicht viel bekommen hat, herrscht Not in allen Ecken, weshalb das Land nicht zur Ruhe kommen kann und eine Revolution immer die andere abblüht. Am Sonnabend ist wieder die bisherige Regierung gestürzt, und Minister hat dabei ermordet worden. Eine Nachwahl gibt hoffentlich, die aber noch monarchistischen Umtrieben die Schuld an der Umwälzung und an den politischen Anstalten.

Ein Ministeranordn. wird auch aus Bulgarien gemeldet. In Sofia wurde der bulgarische Kriegsminister durch einen Bombenwurf in sein Auto getötet. — Dem Väterer amerikanischer Gefandten wurde in einem Postpaket eine Granate ins Haus geschickt, jedoch wurde der Anschlag entsetzt und dem Gefandten kein Harm getrieben. Wohlgericht kamnte die Granate aus America und taugte nichts. Man ersieht aber aus all den Nachrichten, daß es zur Zeit außerordentlich gefährlich ist, Minister zu sein.

Was Deutschland verliert.

Die „gerechte“ Aufteilung Oberösterreichs.
 Berlin, 24. Okt. Nach einer Angabe des statistischen Reichsamtes beträgt die Bevölkerung des gesamten Abtinnungsgebietes rund 1.950.000 Einwohner, von denen rund 965.000, also rund 49 Prozent polnisch werden. Bei der Volksabstimmung haben 707.393 für Deutschland, 479.365 Stimmen für Polen gelteimt. Von der gesamten Bodenfläche des Abtinnungsgebietes (1.093.000 Hektar) werden 327.000 Hektar polnisch, also rund 30 Proz. Von 61 Steinlohlengruben bleiben nur 11¹/₂ bei Deutschland, von 14 staatlichen Kohlengruben werden 3 polnisch. Von der gesamten Kohlenförderung Oberösterreichs (31.750.000 Tonnen) verbleiben bei Deutschland rund 7.440.000. Deutschland bezog bisher aus Oberösterreich monatlich 1.000.000 Tonnen Steinkohlen. Es bleiben in Zukunft nur 370.000 Tonnen, jedoch 730.000 Tonnen aus dem abgetrennten Gebiete oder aus anderen Ländern eingeführt werden müssen. Die oberösterreichische Kohlenindustrie bleibt nur zur Hälfte deutsch. Von 4 Zigarettenfabriken werden 3 polnisch. Ähnliche Fabriken verbleiben nur 15 bei Deutschland. Von der Jahresproduktion an Rohseiden in Höhe von 576.000 Tonnen verliert Deutschland rund 400.000 Tonnen Rohseiden. Von 26 Eisen- und Stahlgießereien bleiben 20 Deutsch. Von 16 Zinn- und Bleierzgruben ver-

liert Deutschland 12. Damit geht Deutschland 75 Prozent der gesamten Zinnerzeugung verlor. Sämtliche Zinn- und Bleihütten gehen an Polen über. Ebenso die zwei vorerhandenen Blei- und Silberhütten. — Diese genaue statistische Errechnung führt die „Gerechtheit“ des Völker Spruches in, daß jedes weitere Wort nur eine Aufwärmung der furchtbaren Zahlenprache bedeuten würde.

Aus der Umgegend.

Nebra, 26. Oktober.
 — Öffentliche Sitzung der Stadverordneten am 22. Oktober d. Js. Anwesend waren: Vom Magistrat die Herren Krey, Hanel und Penzel; 10 Stadverordnete. Tagesordnung siehe „Neobraer Anzeiger“ vom 22. Okt. 1921. 1. Die Verammlung nahm Kenntnis: a) von dem Bericht über die Kassenrechnung am 26. September d. Js.; b) von dem Eingang einer Zuwendung der Gewerkschaft Orlas als Beitrag zu den Kosten der Pfisterungen in Höhe von 25.000 Mark; c) von einem Magistratsbeschlusse, bet. Verstrafung des Führerlehrlings Maras wegen einer unberechtigten Handlungsweise in der kädtischen Sandgrube. 2. Den Landratswerten Leipzig A.-G. in Kulturlois wurde die Erlaubnis zur Aufstellung von Leuchtstützpunkten (Laternen) erteilt; es sind jährlich zu zahlen: für Holzmasten 20 Mark und für Eisenmasten 50 Mark. Dringlichkeitslagen: 3. Die Lieferung von Sand aus der städtischen Sandgrube an die Landratswerke Leipzig A.-G. in Kulturlois für den Preis von 85 Mark für 1 cbm wurde genehmigt. 4. Für die Opfer der Explosion in Oppau wurden aus Kammereimitteln 200 Mark bewilligt. 5. An Stelle des Herrn Beigeordneten Krey, welcher freiwillig aus dem Kuratorium der Stadtparafasse ausscheidet, wurde als Mitglied derselben Herr Auguste Viktorie ernannt.

„Kaiserin Auguste Viktorie-Stiftung“. Die am letzten Sonntag abgehaltene Sammlung des Vaterland. Frauenvereins zur Stiftung eines Freibettes oder einer Freistelle an einer Wohlfahrtsanstalt des Kreises Querfurt zum Gedächtnis der Schirmherrin des Vereins, der Kaiserin Auguste Viktorie, hat den erfreulichen Betrag von 811.50 M. ergeben. Allen freundlichen Gebern und Sammlern sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

— Seit langer Zeit hat sich der Bund der Kinderreichen in Deutschland gebildet, der die besonders mitleidigen und idealen Interessen kühnerer Familien vertreten will. Er nimmt Familien mit mindestens vier Kindern und Vermögern mit mindestens drei Kindern als Mitglieder auf und hat sich das Ziel gesetzt, für Steuererleichterungen, geistliche Anbahnungen und Nahrungsmittel (Schulferien, Reichsgerichtsgebühren) aller Richtungen zu wirken an der Spitze. Es ist zu wünschen, daß der in großer Ausbreitung begriffene Bund auch in unserem Teil wirksam tätig vertreten ist. Herr Rektor Keller-Kölschen will die einleitenden Schritte dazu übernehmen; mir em pfehle.



Das Bild zeigt eine Farbkorrekturtafel (ColorChecker Classic) mit einer Skala von 30 verschiedenen Farbtönen und einer Maßstablinie in Millimetern am unteren Rand.

in Hinsicht auf die Wichtigkeit des Themas gerade für die Ent-
 wicklung der Volksschule auf dem Lande und in den Kleinstädten
 außerordentlich zu bedeuten war. Herr Rektor Wäge führte in
 1¹/₂ stündigem Vortrage ungefähr folgendes aus:

„Unser Volk hat infolge seiner politischen Unreife nicht ver-
 mocht, die Ertragsverluste der Revolution von 1918 für einen
 zielbewußten Wiederaufbau des zerrütteten Staates auszu-
 werten. Man hat das Alte umgestürzt, aber es fehlt überall die
 Befähigung, etwas Neues in konsequenter Durchführung an seine
 Stelle zu setzen. Man entwickelt glänzende Theorien, aber es
 fehlt an der nötigen Einigkeit, um dieselben nennenswert in die Tat
 umzusetzen. Diese Gefährdung zeigt sich im gesamten Staatsaufbau
 und tritt am deutlichstenutage in der Schulform. Die bis-
 herige Volksschule war zwar dem Namen nach Staatschule, fand
 aber gänzlich unter dem Einfluß der Staatskirche, fand aber die
 geistliche Schulaufsicht am stärksten geltend gemacht war. Nun liegt
 es im Wesen der Kirche, daß sie das Trennende betonen muß,
 während der Staat nur dadurch sich lebensfähig erhalten kann,
 wenn er das Gemeinliche in den Vordergrund und die Ertragsverluste
 stellt; und in der freien Erziehung dieser Richtung wurde für die
 Reform unserer Volksschulen die Gemeinlichkeitschule als
 Normalschule im § 146 Reichsschulgesetz festgelegt. Als es aber
 nun galt, bei der Beratung der Verfassung in Weimar diese
 wertvollen Grundzüge zu vertreten, da fehlten die rechten Männer.
 In ängstlicher Sorge vor einem Zusammenbruch des jungen Staates,
 in der falschen Furcht, es mit feinem Volksteile verderben zu
 dürfen, wird man Schritt für Schritt von den Forderungen der
 Kirche, hauptsächlich vertreten durch das Zentrum, zurück, und es
 wurde dem § 146 ein Absatz angehängt, der die Schule zum
 großen Teil wieder an die Kirche und zum andern Teile an die
 politischen Parteien ausliefern. Es wurde jenes verhängnisvolle
 Weimarer Schulkompromiß geschlossen, dessen ausführliche Aus-
 legung nun im Reichsschulgesetzentwurf vorliegt. Dieser Absatz 2
 des § 146 gestattet, daß neben der Gemeinlichkeitschule auf Wunsch
 der Erziehungsberechtigten außerdem eingerichtet werden können,
 sofern durch eine ausreichende Kinderzahl ein einigermaßen leistungsfähiges Schulwesen gebildet werden kann: 1. Konfessionelle oder
 Konfessionschulen, 2. Weltanschauungsschulen und 3. weltliche
 oder religionslose Schulen.“

Die Konfessionellen- oder Konfessionschulen erhalten einen Be-
 zugsplan, in dem die Grundzüge der betr. Konfession den gesamten
 Lehrstoff beherrschen, der Geistlichkeit wird in diesen Schulen der
 weiteste Einfluß auf den Schulbetrieb und die Lehrerschaft gewährt.
 In den Weltanschauungsschulen treten an die Stelle der
 konfessionellen Grundzüge irgend eine philosophische
 (Wortismus) oder politische Weltanschauung. In der weltlichen
 Schule wird der gesamte Religionsunterricht durch einen vollständig
 neutralen Moralunterricht ersetzt. Aus der Organisation dieser
 Schulen folgt ohne weiteres, daß sie gänzlich dem Einfluß irgend
 einer religiösen oder politischen Gruppe ausgesetzt werden
 und daß diese Schulen dem Staate als wertvoller Faktor für den
 Wiederaufbau unseres Staatswesens nahezu vollständig verloren
 gehen. Dem Wiederaufbau des Staates kann einzig und allein
 nur die Gemeinlichkeitschule dienen, deren Hauptaufgabe die Ueber-
 brückung der Gegensätze innerhalb unseres Volkes ist. In der Ge-
 meinlichkeitschule bleibt Religion als oberstes Lehrfach bestehen,
 indem eine möglichst weitgehende Ueberbrückung aller konfessionellen
 Gegensätze angestrebt werden soll. Die Teilnahme der Schüler an
 diesem Religionsunterricht bleibt der freien Entscheidung der in
 Betracht kommenden Eltern vorbehalten. Sofern es die Finanzen
 erlauben, kann getrennter konfessioneller Unterricht eingerichtet
 werden. Ein Ausschlußrecht der Kirche ist ausgeschlossen. Kon-
 fessionelle und politische Grundzüge sind ohne jeden Einfluß auf
 den Lehrstoff, dagegen wird das spezifisch Religiöse in unserer
 Kultur ihrer eminenten Bedeutung entsprechend gebührende Ver-
 achtung finden. Im Gegensatz hierzu muß neben der Gemeinlichkeitschule
 die Konfessionschule die Zwischenstellen und Kämpfe in unserem
 Volke noch verdrängen, die Weltanschauungsschulen werden in
 gleicher Hinsicht unheilvoll wirken, ganz abgesehen davon, daß jede
 Weltanschauung das Ergebnis eines reifen Lebens ist, also dem
 Kinde etwas Unverhandelbares bleiben muß. Für die weltlichen
 Schulen wird die Aufstellung eines Bezugsplanes vorläufig noch
 auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Unsere leistungsfähige
 Volksschule ist die sieben- oder achtklassige Volksschule,
 die arbeitet nach dem billigen, da für eine große Zahl von
 Kindern ein einheitliches Schulhaus mit einem gemeinsamen Be-
 zugsplan verwendet wird. Wird aber der Reichsschulgesetzentwurf
 zum Gesetz, so folgt ohne weiteres, daß viele große, leistungsfähige
 und daher verhältnismäßig billige Schulhäuser zertrümmert werden
 zugunsten einer großen Anzahl meist gegliederter, deshalb nicht
 so leistungsfähiger und dabei teurerer Schulen. Wollen wir eine
 Schulreform schaffen, die dem Aufbau des Staates dienlich ist,
 die die Wiegeburt unseres Volkes für sich Hauptaufgabe macht
 und die das ganze Volk zu einem einheitlichen Ganzen zusammen-
 schmieben soll, so müssen wir kämpfen für die Gemeinlichkeitschule,
 durch die alle Kinder unseres Volkes aus allen Schichten und
 Ständen hindurchgehen müssen.“

Nach vorläufigem eingehender Ausfrage, in der haupt-
 sächlich zum Ausdruck kam, daß man bisher leider in großer Un-
 kenntnis der Gefahr, die die Volksschule durch Verwirklichung des
 Reichsschulgesetzentwurfes erwacht, gewesen ist, wird nachstehende
 Entschlüsselung zur Ueberzeugung an den preussischen Minister für
 Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einstimmtig gefaßt:

„Die Verammlung erhebt schärfsten Einspruch gegen den
 Entwurf des Reichsschulgesetzes. Es verleiht jede Einheitlich-
 keit des deutschen Schulwesens und nimmt dem Staat die Volksschule
 aus der Hand, erhöht die Aufwendungen für die Schule
 unter Herabdrückung der Leistungsfähigkeit, gerät die Einheit
 unseres Volkes und vernichtet die Grundlagen unserer staatlichen
 und völkischen Entwicklung. Die Verammlung fordert von der
 Reichsregierung unverzüglich die Zurückziehung des Entwurfes.“